dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 24 **20. Juni 2014**

aktuell

Inhalt

EuGH-Urteil zur altersdiskriminierenden Besoldung: Gesetzgeber zunächst nicht gefordert+++
Zwangstarifeinheit: Dauderstädt weist neuen Nahles-Vorstoß zurück+++
Rentenrecht und öffentlicher Dienst – Dauderstädt: Deutsche Einheit endlich vollziehen+++
dbb begrüßt Übertragung von Verbesserungen auf Beihilfe des Bundes+++
Benra: Mütterrente nicht über Beiträge finanzieren+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Besoldung: DBB NRW sieht sich vom Landesverfassungsgericht bestätigt+++
Gewerkschaftstag des dbb brandenburg: Roggenbuck als Vorsitzender bestätigt+++
Wolfgang Ladebeck neuer Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt+++
tbb: Einigung zur Besoldung der Grundschullehrer schnell umsetzen+++
dbb schleswig-holstein begrüßt Verzicht auf Personalabbau+++
GDL fordert fünf Prozent und 37 Stunden-Woche für das gesamte Zugpersonal+++
BDZ: Mindestlohn ohne wirksame Kontrollen nichts wert+++
VBE: Ressourcen sonderpädagogischer Förderung nicht herunterfahren+++
DPolG: Islamistischen Kämpfern Rückkehr aus Syrien verweigern+++
DSTG unterstützt EU-Beihilfeverfahren gegen Steuerdumping+++
Ferienzeiten: DPhV kritisiert Kultusminister+++

Namen und Nachrichten+++

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

EuGH-Urteil zur altersdiskriminierenden Besoldung: Gesetzgeber zunächst nicht gefordert

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat das am 19. Juni 2014 in Luxemburg ergangene Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur altersdiskriminierenden Bezahlung von Beamten in Berlin als wichtige Etappe auf dem Weg zur endgültigen Klärung des Systemwechsels im Besoldungsrecht begrüßt: „Der EuGH hat die geltenden Übergangsregelungen, die als altersdiskriminierend kritisiert worden sind, grundsätzlich gebilligt. Aus dem Urteil leitet sich daher kein zwingender gesetzlicher Änderungsbedarf ab."

Der dbb begrüßt, dass die jahrelange Ungewissheit damit beendet ist, ob die Überleitungsregelungen mit ihrem Bezug auf Dienstaltersstufen einen Verstoß gegen Unionsrecht darstellen. Dauderstädt: „Gleichwohl hat der EuGH festgestellt, dass das frühere System auf einer Altersdiskriminierung der Beamtinnen und Beamten beruhte. Wir brauchen also weiter eine letztinstanzliche Klärung in Deutschland. Es bleibt nämlich offen, wie die Aussage der Luxemburger Richter zu interpretieren ist, dass eine Haftung der Bundesrepublik Deutschland von deutschen Verwaltungsgerichten geprüft werden müsse."

Für das Land Bayern bezeichnete der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann, die Auswirkungen für den Freistaat Bayern – insbesondere in finanzieller Hinsicht – als überschaubar. Bereits zum 1. Januar 2011 sei die Besoldungsregelung, die an das Lebensalter des Beamten statt an dessen Dienstzeit anknüpft, durch ein neues Dienstrecht beseitigt worden. Der BBB stehe nun im engen Kontakt mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, um die genauen Auswirkungen und Konsequenzen aus dem Urteil abzuklären. „Wir sind zuversichtlich, dass wir für alle Betroffenen zu guten Lösungen kommen", bekräftigt Habermann.

Lilli Lenz, Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz, bewertete das Urteil für Rheinland-Pfalz: „Es bleibt ein Wermutstropfen für einen Teil der übergeleiteten Beamten bestehen. Die Umstellung der Besoldung auf Erfahrungsstufen ist grundsätzlich richtig. Leider gibt es bei jedem Systemwechsel Gewinner und Verlierer. Wir werden die weitere Entwicklung genau im Auge behalten, um frühzeitig Benachteiligungen begegnen zu können – insbesondere in Bezug auf die Anrechnung förderlicher Zeiten." Rheinland-Pfalz hat zur Vermeidung von Diskriminierungen zum 1. Juli 2013 ein neues Dienstrecht in Kraft gesetzt, dessen Grundgehaltstabelle nicht mehr auf dem Senioritätsprinzip mit Dienstaltersstufen, sondern auf Erfahrungsstufen beruht.

Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen teilte mit, dass Thüringen bereits zum 1. Juli 2008 sein Besoldungsrecht auf Erfahrungsstufen umgestellt habe. Zuvor galt noch das System der Altersstufen. Ansprüche für diesen Zeitraum hätten jedoch im Haushaltsjahr geltend gemacht werden müssen, soweit die Gerichte in diesem Punkt dem EuGH-Urteil folgen. Nach Rechtsauffassung des tbb hätten diese Ansprüche daher spätestens bis zum 31. Januar 2011 geltend gemacht werden müssen (3-Jahres-Verjährungsfrist). Widersprüche, die bis zu diesem Zeitpunkt eingegangen sind, wurden vom Finanzministerium ruhend gestellt bis zur letztinstanzlichen Entscheidung eines deutschen Gerichtes. Für Ansprüche Thüringer Beamter die für die Zeit nach dem 1. Juli 2008 geltend gemacht wurden, bleibt zu klären, welche Auswirkungen die Rechtsprechung des EuGH zu den Überleitungsregelungen im Bund sowie im Land Berlin auf das Thüringer Besoldungsüberleitungsgesetz hat.
(01/24/14)

Zwangstarifeinheit: Dauderstädt weist neuen Nahles-Vorstoß zurück

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat den neuerlichen Vorstoß von Bundearbeitsministerin Andrea Nahles zurückgewiesen, die Tarifeinheit gesetzlich zu regeln. „Die Bundesregierung startet einen überflüssigen und unverantwortlichen Frontalangriff auf das Grundrecht der Koalitionsfreiheit", sagte Dauderstädt der „Welt" (Ausgabe

vom 16. Juni 2014). Er könne die Regierung nur davor warnen, ihr Vorhaben voranzutreiben.

„Es gibt keine streikwütigen Spartengewerkschaften in Deutschland, sondern eine gesunde und stabile Sozialpartnerschaft", so der dbb Chef. Gewerkschaften und Arbeitgeber fänden auch ohne die Einmischung des Gesetzgebers zu tragfähigen Lösungen.

Nahles hatte bekräftigt, sie werde noch in diesem Jahr ein Gesetz vorlegen. „Wir stehen zu allen Teilen des Koalitionsvertrages, die Tarifeinheit gehört dazu", sagte die Arbeitsministerin der „Welt am Sonntag" (Ausgabe vom 15. Juni 2014). „Wir werden das zügig umsetzen und noch in diesem Jahr das Gesetz anpacken."

Dauderstädt entgegnete: „Wir werden nicht zögern, den Weg nach Karlsruhe zu gehen, wenn per Gesetz unsere Grundrechte beschnitten werden sollen."

Dass die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung „eine rechtlich hochkomplexe Sache" sei, muss selbst Ministerin Nahles einräumen, schreibt die „Welt". Eine interministerielle Arbeitsgruppe sei nun dabei, eine verfassungskonforme Lösung zu finden. Verfassungsexperten hielten es jedoch für unmöglich, eine Lösung zu finden, die nicht das Streikrecht oder die Koalitionsfreiheit berührt, so das Blatt. (02/24/14)

Rentenrecht und öffentlicher Dienst – Dauderstädt: Deutsche Einheit endlich vollziehen

(dbb) Die vollständige Umsetzung der Deutschen Einheit im Rentenrecht sowie in den Tarifbestimmungen des öffentlichen Dienstes hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt beim Landesgewerkschaftstag des dbb brandenburg am 13. Juni 2014 in Potsdam gefordert.

„Wir sind auch heute noch nach 25 Jahren stolz, wie konfliktfrei und elegant das vereinte Deutschland gewachsen ist, wir freuen uns über die Krisenfestigkeit unseres Landes im Vergleich mit anderen Staaten dieser Welt. Dennoch gibt es noch Relikte der getrennten Welten, und es ist an der Zeit, damit aufzuräumen und wirklich gleiche Lebensverhältnisse anzustreben", sagte der dbb Chef vor den Delegierten und hochrangigen Vertretern aus Politik und Verbänden. Dauderstädt kritisierte vor allem die anhaltende Ungleichbehandlung der Rentnerinnen und Rentner in Ost und West und begrüßte die Absichtserklärung der großen Koalition im Koalitionsvertrag, zum Ende des Solidarpaktes 2019 die vollständige Angleichung der Rentenwerte zu vollziehen. „Wir werden die Koalitionäre beim Wort nehmen, dass hier wirklich ein Schlussstrich gezogen wird", machte der Bundesvorsitzende klar.

Auch im Tarifrecht des öffentlichen Dienstes gebe es Restanten der Ungleichbehandlung, betonte Dauderstädt: „Das reicht von der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit, die beispielsweise bei den Kommunen im Westen 39 Stunden, im Osten 40 Stunden beträgt, über die Jahressonderzahlung, deren Höhe im Tarifgebiet Ost nur 75 Prozent der West-Werte erreicht, bis hin zur eingeschränkten Berücksichtigung von Beschäftigungszeiten vor 1990, Sondertatbeständen beim Krankengeldzuschuss in der Entgeltfortzahlung und der Befristung von Arbeitsverhältnissen. 25 Jahre nach der Deutschen Einheit sind das keine Randthemen, die unter den Vorzeichen gelegentlicher Tarifpflege angeschaut werden sollten", mahnte Dauderstädt. „Hier geht es darum, gleiche Arbeitsbedingungen in Ost und West zu schaffen – und wenn nicht vorbildlich im öffentlichen Dienst, wie denn sonst jemals in Industrie und Handel?"

Kritik übte der dbb Bundesvorsitzende mit Blick auf die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse erneut an der Föderalisierung des Beamtenrechts: „Die Verlagerung der Kompetenzen für Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht vom Bund auf die Länder 2006 hat mittlerweile erhebliche Zentrifugalkräfte freigesetzt. Die Politiker werden bald wahrnehmen, dass Wanderungsbewegungen und Nachwuchs-Gewinnungs-Probleme entstehen, wenn für die gleiche Gehaltsgruppe und damit im Prinzip die gleiche Aufgabe inzwischen teilweise mehr als 20 Prozent Differenz in der Bezahlung zu ver-

zeichnen sind und auch noch deutliche Unterschiede bei Aufstiegschancen, Sonderzahlungen, Beihilfe und Versorgung dazukommen." Dauderstädt erinnerte daran, „dass eine ähnliche Entwicklung die Bundesländer in der Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts dazu bewogen hatte, den Bund aufzufordern, ihre Zuständigkeiten zu zentralisieren", was dieser dann auch tat.
(03/24/14)

dbb begrüßt Übertragung von Verbesserungen auf Beihilfe des Bundes

(dbb) Der dbb begrüßt, dass aktuelle Leistungsverbesserungen aus der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung nun auf die Beihilfe des Bundes übertragen werden sollen.

In einem Beteiligungsgespräch mit dem Bundesinnenministerium zur Bundesbeihilfeverordnung – BBhV (Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen) am 18. Juni 2014 in Berlin wurde der dbb vom Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra vertreten. Benra hob unter anderem hervor, dass es Verbesserungen in den Bereichen Früherkennungsuntersuchungen - etwa für erblich belastete Frauen mit familiärem Krebsrisiko – und Vorsorgemaßnahmen geben wird. Zu begrüßen sei auch, dass durch modifizierte Gebührensätze für Heilpraktiker deren Leistungen anerkannt und im Katalog der Beihilfe gesichert werden.

Zugleich nutzte der dbb Fachvorstand Beamtenpolitik das Beteiligungsgespräch, um nochmals auf Probleme von gesetzlich versicherten Beamten hinzuweisen. Deren Beihilfebemessungssatz war 2012 von 100 Prozent auf den jeweils tatsächlich gewährten Satz reduziert worden. „Auch wenn für Bestandsbeamte noch eine fünfjährige Übergangsfrist läuft, ist der Zugang zu einer beihilfeergänzenden privaten Krankenversicherung problemlos nur für die Haupttarife, nicht aber für Zusatztarife möglich. Hier besteht Handlungsbedarf, denn auch gesetzlich versicherte Beamte müssen in den Genuss eines vollständigen Versicherungsschutzes kommen", so Benra.

Kritisch sprach Benra erneut die langen Beihilfebearbeitungszeiten an: „Die Klagen darüber häufen sich in vielen Bereichen der Bundesverwaltung. Das ist ein grundsätzliches Problem, das dringend gelöst werden muss."
(04/24/14)

Benra: Mütterrente nicht über Beiträge finanzieren

(dbb) Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra hat darauf hingewiesen, dass die Finanzierung der Mütterrente über Beitragsmittel der falsche Weg ist. Mittelfristig werde damit der Spielraum für rentenpolitisch notwendige Maßnahmen, wie beispielsweise für Wege zum gleitenden Übergang in die Rente oder die Verhinderung von Altersarmut deutlich eingeengt. Das machte Benra am 19. Juni 2014 bei einem Gespräch mit dem Obmann der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages, Markus Kurth MdB, deutlich.

Benra warb zudem um Unterstützung für die Übertragung der Mütterrente auf die Beamtenversorgung und bekräftigte, dass der dbb eine gesetzliche Regelung Tarifeinheit als nicht erforderlich und zudem verfassungsrechtlich bedenklich ablehne.
(05/24/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Besoldung: DBB NRW sieht sich vom Landesverfassungsgericht bestätigt

(dbb) Am 18. Juni 2014 hat der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof in Münster die im Vorjahr beschlossenen Nullrunden für 230.000 Landes- und Kommunalbeamte sowie Richter in Nordrhein-Westfalen verhandelt. Der DBB NRW sieht sich nach der Verhandlung in der Auffassung bestätigt, dass die gesetzliche Regelung gegen die verfassungsrechtlich abgesicherten Grundsätze des Berufsbeamtentums verstößt. Der Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude, sagte: „Die Landesregierung hat das Jahr nicht genutzt, um diesen politischen Fehltritt zu beseitigen. Zudem hat das Bundesverwaltungsgericht in seinen letzten Entscheidungen Nullrunden faktisch für verfassungswidrig erklärt und betont, dass die Besoldung der Beamten und Richter entsprechend der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst anzupassen ist."

Die 2. Vorsitzende Jutta Endrusch ergänzte: „Leistung muss sich in Nordrhein-Westfalen auch für die höheren Einkommen wieder lohnen. Es kann nicht sein, dass einzelne Beschäftigtengruppen von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden." Auch der stellvertretende Vorsitzende Andreas Bartsch betonte, dass der DBB NRW viel Hoffnung in die gerichtliche Entscheidung setze, mit der in den nächsten sechs bis acht Wochen zu rechnen sei: „Denn der öffentliche Dienst darf in Nordrhein-Westfalen nicht zum Spielball der Haushaltssanierer werden."
(06/24/14)

Gewerkschaftstag des dbb brandenburg: Roggenbuck als Vorsitzender bestätigt

(dbb) Der 5. Ordentliche Gewerkschaftstag des dbb brandenburg hat den Landesvorsitzenden Ralf Roggenbuck von der Deutschen Justizgewerkschaft (DJG) am 13. Juni 2014 im Amt bestätigt. Der neuen Landesleitung gehören als stellvertretende Landesvorsitzende außerdem Kathrin Wiencek (phv), Detlef Daubitz (komba), Frank Nachtigall (GDL) und Richard Wurche (DVG-BB) an.

Der Gewerkschaftstag ist laut Satzung das höchste Gremium des dbb brandenburg und tritt alle fünf Jahre zusammen. Über 100 Delegierte berieten in diesem Jahr (Motto: „WIR für einen starken Öffentlichen Dienst!") im Kongresshotel Potsdam über zahlreiche Anträge der Mitglieder für die gewerkschaftspolitische Arbeit des dbb brandenburg in der kommenden Wahlperiode. Ein Schwerpunkt wird dabei die Weiterentwicklung des „TV Umbau" für die Tarifbeschäftigten des Landes sein. Dabei soll die gleichmäßige Entwicklung der Arbeitsbedingungen für die Statusgruppen zu beachten werden. Weiterhin bleiben die Bildung, die Stellenentwicklung im öffentlichen Dienst und die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitswelt der Zukunft wichtige Themen für den dbb brandenburg.
(07/24/14)

Wolfgang Ladebeck neuer Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt

(dbb) Seit dem 13. Juni 2014 steht Wolfgang Ladebeck an der Spitze des dbb sachsen-anhalt. Der Hauptvorstand wählte den 54-jährigen Polizeirat mit 53,6 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden des dbb Landesbundes. Ladebeck, der auch Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) ist, tritt die Nachfolge von Maik Wagner an. Wagner hatte sein Amt niedergelegt, nachdem er im Mai 2014 in seinem Amt als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) bestätigt wurde.

Solidarpakt, Länderfinanzausgleich und Haushaltssanierung bildeten die Rahmenbedingungen für die Arbeit des dbb in Sachsen-Anhalt, sagte Ladebeck nach seiner Wahl. „Gewerkschaftsarbeit unter diesen Voraussetzungen ist nicht einfach. Da gilt es abzuwägen zwischen dem Gemeinwohl und den berechtigten Interessen der Beschäftigten."
Zur geplanten Anhebung der Lebensarbeitszeit für Beamte auf 67 Jahre machte der neue dbb Landeschef deutlich, dass die Gesetzesänderung eine wirkungsgleiche Übertragung der Maßnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung in das Beamtenrecht Sachsen-Anhalt beinhalten müsse. Sonderregelungen zu Lasten der Beamten dürfe es nicht geben. „In Bezug auf die Rente mit 63 Jahren und die Mütterrente erwartet der dbb, dass die Verbesserungen auch auf die Landesbeamten übertragen werden."

Als Einkommenskürzung kritisierte Ladebeck die Einführung der Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe zum 1. Januar 2014 und die geplante Übertragung auf die Heilfürsorge. Sorgen bereite ihm auch die Personalentwicklung in der Landesverwaltung. Da der pauschale Personalabbau bisher fast ausschließlich durch Aufgabenverdichtung kompensiert wurde, müsse jetzt ernsthaft über Aufgabenverzicht und -verlagerung nachgedacht werden. „Um den beruflichen Nachwuchs in der Landesverwaltung zu sichern, brauchen wir attraktive Beschäftigungsbedingungen und mehr Neueinstellungen als im Personalentwicklungskonzept festgeschrieben sind."
(08/24/14)

tbb: Einigung zur Besoldung der Grundschullehrer schnell umsetzen

(dbb) „Die am Verhandlungstisch gefundene Lösung zur Besoldung der Thüringer Grundschullehrerinnen und -lehrer mit DDR-Ausbildung muss kurzfristig durch den Landtag umgesetzt werden", forderte Helmut Liebermann, Landesvorsitzender des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, am 17. Juni 2014 von den Abgeordneten aller Fraktionen des Thüringer Landtags.

Wenige Tage zuvor hatten sich Finanzminister Wolfgang Voß (CDU), Bildungsminister Christoph Matschie (SPD), GEW-Landesvorsitzender Torsten Wolf und tbb-Vorsitzender Helmut Liebermann darauf verständigt, dass ab 1. Januar 2017 alle etwa 2000 betroffenen Grundschullehrer mit DDR-Abschluss ihren anderen Kollegen gleichgestellt werden und in der gleichen Besoldungsgruppe beziehungsweise Entgeltgruppe eingruppiert sind. Zum 1. Januar 2015 soll ein erster Angleichungsschritt erfolgt.

Aus der Sicht des tbb sind unnötige Verzögerungen nicht hinnehmbar. Der tbb forderte die Abgeordneten des Haushalts- und Finanzausschusses auf, rechtzeitig vor dem Juni-Plenum eine Sondersitzung einzuberufen, so dass ein entsprechender Beschlussantrag noch für diese Sitzung des Landtags beschlossen werden kann.
(09/24/14)

dbb schleswig-holstein begrüßt Verzicht auf Personalabbau

(dbb) „Die Formel ist ganz einfach: Das Personal wird gebraucht, also kann es auch nicht eingespart werden." Mit diesen Worten hat die schleswig-holsteinische dbb-Landeschefin Anke Schwitzer am 16. Juni 2014 die Pläne der Landesregierung kommentiert, 365 Lehrerstellen nun doch nicht zu streichen.

Schwitzer weiter: „Wir als dbb haben uns nie grundsätzlich gegen einen Stellenabbau-Pfad gewehrt. Wir haben vielmehr immer eine bedarfsgerechte Personalausstattung gefordert. Und in der Schule kommen eben stetig mehr Aufgaben hinzu. Leider gilt das auch für ande-

re Bereiche der Landesverwaltung. Uns ist daher besonders wichtig, dass nun nicht der Personalerhalt an Schulen durch entsprechende Opfer an anderer Stelle kompensiert werden muss."
(10/24/14)

GDL fordert fünf Prozent und 37 Stunden-Woche für das gesamte Zugpersonal

„Diesmal für das gesamte Zugpersonal", mit diesen Worten unterstrich der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky am 16. Juni 2014 die Tarifforderungen bei der Deutschen Bahn (DB). „Jetzt sind wir auch bei den Zugbegleitern stark genug aufgestellt, dass wir für sie verhandeln können." Entsprechend fordert die GDL für Lokomotivführer (inklusive Lokrangierführer), Zugbegleiter, Bordgastronomen, Instruktoren/Trainer und Disponenten unter anderem fünf Prozent mehr Entgelt und eine zweistündige Arbeitszeitverkürzung auf 37 Stunden pro Woche.

Die Lohnforderung sei moderat ausgefallen, teilte die GDL mit, der Schwerpunkt der Forderung liege auf den Arbeitszeitthemen. Nur dadurch könne die Überlastungen des Zugpersonals tatsächlich verringert werden.
Die GDL rechnet mit starkem Widerstand – und zwar wegen der angeblichen Ausdehnung des Geltungsbereichs. Im Jahr 2008 hatte die damalige Transnet, jetzt Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, gemeinsam mit der DB alles daran gesetzt, dass der GDL-Tarifvertrag nur für die Lokomotivführer gilt. Dazu wurde ein spezieller „Grundlagentarifvertrag" erstellt, der jedoch zum 30. Juni 2014 ausläuft. Weselsky, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist: „Das Zugpersonal gehört jedoch untrennbar zusammen. Es hat die gleichen Sorgen und Nöte." Die tarifpolitischen Fehlentwicklungen der Vergangenheit müssten auch für die Zugbegleiter und Bordgastronomen ein Ende haben. Insbesondere die Probleme mit dem Schichtdienst erforderten spezielle Regelungen, gerade in einer Zeit, in der die Menschen immer länger im Beruf bleiben müssten.
(11/24/14)

BDZ: Mindestlohn ohne wirksame Kontrollen nichts wert

(dbb) Der BDZ-Bundesvorsitzende Dieter Dewes hat bei einem Gespräch mit Carsten Schneider, stellvertretendem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, am 10. Juni 2014 in Erfurt darauf hingewiesen, dass der flächendeckende Mindestlohn ohne entsprechende Kontrollen durch den Zoll nichts wert sei.

Der BDZ-Chef machte deutlich, dass er im Gegensatz zu Schneider den dafür anerkannten Personalbedarf von etwa 1600 Arbeitskräften für zu knapp bemessen hält. Entscheidend, so Dewes, sei die flächendeckende Präsenz der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, von der abschreckende Wirkung ausgehen müsse. Dazu gehöre, dass der klassische Streifendienst beim Zoll im gebotenen Umfang erhalten bleibt.

Zudem seien vereinfachte und transparentere Regelungen für effektivere Kontrollen erforderlich. Der BDZ erwarte einen klaren rechtlichen Rahmen, damit Verstöße auch geahndet werden könnten. En wichtiger Baustein, so Dewes und Schneider übereinstimmend, sei, dass sich der Gesetzgeber von den Stücklöhnen verabschiede, die in bestimmten Branchen gelten. Der Entwurf des Mindestlohngesetzes sehe generell die Zeitarbeitsstunde als Entlohnung vor.
(12/24/14)

VBE: Ressourcen sonderpädagogischer Förderung nicht herunterfahren

(dbb) Der aktuelle nationale Bildungsbericht zeigt eine statistische Zunahme von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) mahnt allerdings zur Vorsicht: Aus den Zahlen gehe nicht hervor, inwieweit für den Unterricht in inklusiven Klassen mehr Lehrpersonen und Sonderpädagogen zur Verfügung stehen. Die Ressourcen sonderpädagogischer Förderung dürften deshalb nicht heruntergefahren werden, vielmehr müssten sie in vollem Maße bei den allgemeinen Schulen ankommen. „Inklusion ist nicht schneller durch die Schließung von Förderschulen zu haben", sagte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann am 13. Juni 2014.

„Der VBE lehnt derlei ‚einfache Lösungen' ab. Wir fordern einen breiten Dialog aller Betroffenen, damit die Sorgen und Nöte endlich auf den Tisch kommen und von der Politik ernstgenommen werden", machte Beckmann deutlich. Zwar sei die Inklusion als Auftrag in der Politik angekommen, eine tragfähige gemeinsame Finanzierung durch Bund, Länder und Kommunen fehle aber bis heute. Dabei müssen das Maß gelingender Inklusion „das Kindeswohl und nicht das Wohl der Haushalte" sein.

Außerdem sei es überfällig, das Thema endlich in der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung in den Fokus zu rücken. „Ein Beleg dafür, wie die Lehrer mit der Inklusion allein gelassen werden, ist die Tatsache, dass die Kultusministerkonferenz fünf Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention einen Handlungsbedarf in der Lehrerbildung entdeckt." Der VBE drängt auf sonderpädagogische Module als Teil aller Lehramtsstudiengänge. Beckmann: „Das darf aber kein Freibrief sein, die Sonderpädagogik-Ausbildung einzuschränken. Regelpädagogik und Sonderpädagogik dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein inklusives Schulsystem braucht mehr Sonderpädagogen als bisher."
(13/24/14)

DPolG: Islamistischen Kämpfern Rückkehr aus Syrien verweigern

(dbb) Islamistische Kämpfer, die sich am Krieg in Syrien beteiligt haben, sollte die Rückkehr nach Deutschland verweigert werden. Dafür hat sich der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, im Gespräch mit Handelsblatt Online am 19. Juni 2014 ausgesprochen. Die Polizei werde nicht in der Lage sein, alle gefährlichen Personen zu überwachen. „Diese islamistischen Kämpfer sind tickende Zeitbomben, völlig unberechenbar und nicht kontrollierbar", sagte Wendt.

Nun würde sich rächen, dass die Ausbildung in Terrorcamps nicht unter Strafe gestellt wurde. „Trotzdem müssen jetzt alle Möglichkeiten genutzt werden, um einen Import des syrischen Bürgerkrieges nach Deutschland zu verhindern", forderte Wendt. „Dazu zählen natürlich auch Ausweisungen, die dann aber auch vollzogen werden müssen."

Außerdem müssten die Arbeitsmöglichkeiten des Bundesnachrichtendienstes optimiert werden, denn die Informationen aus der Auslandsaufklärung könnten in Deutschland lebenswichtig sein, forderte Wendt. Die Polizei müsse ihre Pflichten zum Schutz der Bevölkerung ebenfalls bestmöglich wahrnehmen können. „Deshalb muss Schluss sein mit Personalabbau und Verweigerung wirksamer Ermittlungstechniken und -verfahren", unterstrich der DPolG-Chef.
(14/24/14)

DSTG unterstützt EU-Beihilfeverfahren gegen Steuerdumping

(dbb) Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) unterstützt die EU-Kommission bei ihrem Kampf gegen „aggressive Steuervermeidung" internationaler Großkonzerne. Die

Kommission hat sogenannte Beihilfeverfahren gegen drei EU-Länder eingeleitet, weil sie dort eine selektive Besteuerungspraxis vermutet, die einzelne Unternehmen bevorzugt. Betroffen sind unter anderem Irland (Apple), Niederlande (Starbucks) und Luxemburg (FIAT-Töchter Finance and Trade). Weitere Verfahren wurden angekündigt. DSTG-Chef und dbb Vize Thomas Eigenthaler begrüßte am 17. Juni 2014 das Vorgehen und betonte, dass es angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Kassen in Deutschland und in ganz Europa besonders wichtig sei, dass die großen internationalen Konzerne ihren Steuerbeitrag leisten.

Es gehe nicht nur um drei Fälle, sagte Eigenthaler, sondern um alle Firmen, die ihr Steuersubstrat durch verwinkelte Vertragswerke über die Grenze verschieben, etwa durch konzerninterne Verrechnungspreise oder durch nicht nachvollziehbare Lizenzvereinbarungen. Neben den Ausfällen für die öffentlichen Haushalte ginge es aber auch darum, eine Verzerrung des internationalen Wettbewerbs zu vermeiden. Denn die Steuervermeidung treffe auch die Unternehmen, die sich solcher schädlicher Praktiken nicht bedienten. Daher sei es richtig, so DSTG-Bundesvorsitzende, dass sich in der EU-Kommission sowohl der Steuerkommissar Algirdas Semeta als auch der Wettbewerbskommissar Joacqin Almunia gemeinsam um die Angelegenheit kümmerten.
(15/24/14)

Ferienzeiten: DPhV kritisiert Kultusminister

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat in der Diskussion um die Sommerferien-Termine von 2018 bis 2024 die Kultusminister-Konferenz kritisiert. Bei der Planung orientiere man sich dort zu stark an den Interessen der Wirtschaft. „Die Kultusminister sind Anwälte der Kinder und Eltern, aber nicht der Industrie", sagte der DPhV-Bundesvorsitzende Hans-Peter Meidinger im Gespräch mit der Neuen Osnabrücker Zeitung am 13. Juni 2014.

Es sei „sehr bedenklich", wenn nicht mehr pädagogische, sondern wirtschaftliche Interessen die Ferienplanung der Länder bestimmten, sagte Meidinger. Studien hätten untermauert, dass zu häufige Unterrichts-Unterbrechungen und zu schnelle Wechsel zwischen Schul- und Ferienzeit die Lernerfolge in Frage stellten. „Bei allem Verständnis für die Ziele der Wirtschaft muss gelten: Schule braucht Kontinuität." Außerdem seien die Sommer-Ferientermine bereits jetzt weitestgehend entzerrt und über ein Vierteljahr verteilt.
(16/24/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Nach dem Abbruch der Tarifverhandlungen zwischen dbb und Kommunalem Arbeitgeberverband (KAV) Bayern für die rund 6.500 Beschäftigten des kommunalen Nahverkehrs in Bayern kam es in dieser Woche zu ersten Aktionen der Beschäftigten. Am 18. Juni 2014 untermauerten die Fahrer der Nürnberger VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft mit einem Warnstreik von Betriebsbeginn bis 13:00 Uhr ihre Forderung: „Wir wollen ein verhandlungsfähiges Angebot!" Zum Warnstreik aufgerufen hat die Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG) im dbb. Zum Abbruch der Verhandlungen sagte der verantwortliche Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, **Willi Russ**: „Der Grund ist leider einfach: Das Angebot der Arbeitgeber orientierte sich lediglich am Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes, berücksichtigte aber in keinem Punkt die Besonderheiten des Nahverkehrs." Dabei gehe es nicht nur um eine Entgelterhöhung, sondern auch um Verbesserungen bei der Arbeitszeit und den Arbeitsbedingungen. „Die besonderen Arbeitsbelastungen im Fahrdienst müssen berücksichtigt werden, etwa der Schicht- und Wechselschichtdienst, ständig wechselnder Arbeitsbeginn oder der häufige Nachtdienst", so Russ.

Am 18. Juni 2014 endete die sechswöchige Informations-Offensive „Zahlen haben ein Gesicht" für einen leistungsstarken öffentlichen Dienst in Sachsen mit einer Aktion vor dem

Sächsischen Landtag. Mit der Kampagne haben der **Sächsische Beamtenbund (SBB)**, die Gewerkschaft der Polizei Sachsen und der Sächsische Richterbund dargestellt, welche Auswirkungen die geplanten Sparmaßnahmen im Bereich des öffentlichen Dienstes haben werden – für die Bürger und für Sachsen. Die öffentliche Verwaltung müsse zuvorderst an ihren zu erbringenden Leistungen für seine Bürgerinnen und Bürger gemessen werden, nicht an Sparpotenzialen und Zielzahlen, teilte der SBB mit.

Die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland ist im April 2014 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stark gestiegen, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) mahnt deshalb, bei den Anstrengungen für mehr Verkehrssicherheit nicht nachzulassen. DPolG-Chef **Rainer Wendt**: „Es ist in erster Linie das Verhalten der Verkehrsteilnehmer ausschlaggebend dafür, ob es zu einem Unfall kommt oder nicht. Deshalb setzt gute Verkehrssicherheitsarbeit bei rücksichtsvollem und verantwortungsbewusstem Verhalten eines jeden im Straßenverkehr an." Um die Zahl der Verkehrsunfälle dauerhaft zu senken, fordert die DPolG bundesweit die Verkehrsüberwachung auszubauen.

In der ersten Runde der Postbank-Tarifverhandlungen am 16. Juni 2014 in Bonn haben die Vertreter der Tarifgemeinschaft die Forderung nach einer Entgelterhöhung von 4,5 Prozent und nach einer Verlängerung des Schutzes vor betriebsbedingten Kündigungen bis Ende 2017 bekräftigt. Aus Sicht der aus der **DPVKOM**, dem Deutschen Bankangestellten Verband (DBV) und der **komba Gewerkschaft** bestehenden Tarifgemeinschaft ist die Entgeltforderung gut begründet. Bei der Forderungsfindung wurde nicht nur die prognostizierte Steigerung der Inflationsrate, sondern auch die positive Geschäftsentwicklung der Postbank berücksichtigt. Die Tarifverhandlungen für die etwa 2700 Arbeitnehmer und Auszubildenden sollen im Juli fortgesetzt werden.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordert ein Ende des Kooperationsverbotes in der Bildung. „Das Kooperationsverbot von Bund und Ländern muss für den gesamten Bildungsbereich fallen", sagte der VBE-Bundesvorsitzende **Udo Beckmann** am 17. Juni 2014. „Inklusion und mehr Ganztagsschulen sind Kernthemen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Bund, Länder und Kommunen nicht gemeinsam handeln dürfen. Der VBE ist sehr dafür, den Artikel 91 b Grundgesetz zu erweitern. Aber dann so, dass die Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens um ein Kooperationsgebot für Bund und Länder erweitert wird."

Der Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) begrüßt den Entwurf des Mietrechtsnovellierungsgesetzes, der derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt wird. „Der VRB hatte sich bereits im Vorfeld des Referentenentwurfs zustimmend zu den beabsichtigten Neuregelungen im Mietrecht, insbesondere zur Einführung einer Mietpreisbremse sowie zur Umsetzung des Bestellerprinzips bei den Maklerkosten, geäußert, sagte der VRB-Vorsitzende **Matthias Stolp**.

Zwei hessischen Strafvollzugsbeamten und Mitgliedern des BSBD (Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands) ist vom Ministerpräsidenten Volker Bouffier die Hessische Medaille für Zivilcourage verliehen worden. „Markus Berger und Kai Jochnik sind aufgrund ihres couragierten Verhaltens Vorbilder für unsere Gesellschaft", würdigte die dbb-Landesvorsitzende **Ute Wiegand-Fleischhacker** die beiden Ausgezeichneten. Berger und Jochnik hatten am 24. Januar 2014 einen flüchtenden Täter verfolgt und gestellt, der zuvor im Eingangsbereich des Frankfurter Landgerichts zwei Personen getötet hatte. (17/24/14)